



Bundestags- brief

Nr. 177 • Die Woche im Bundestag • 25.09.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Deutscher Buchhandlungspreis zum ersten Mal vergeben

Am vergangenen Donnerstag wurde in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt am Main zum ersten Mal der Deutsche Buchhandlungspreis vergeben.

Dotiert ist er mit einer Million Euro und kommt kleineren, inhabergeführten Buchhandlungen mit Sitz in Deutschland zugute, die sich durch innovative Geschäftsmodelle, besondere Lese- und Literaturförderung, kulturelle Veranstaltungsprogramme oder innovative Geschäftsmodelle auszeichnen. Die Hauptpreise sind jeweils mit 25.000 Euro dotiert, die weiteren Preise mit je 15.000 Euro bzw. 7.000 Euro.

Mit den Hauptpreisen und damit einer Prämie von 25.000 Euro wurden der „artes liberales“ Buchladen in Heidelberg, die Buchhandlung Literatur Moths in München und die „Rote Zora“ in Merzig ausgezeichnet. Insgesamt konnten sich bei der Premierenverleihung bundesweit 108 Buchhandlungen über die Auszeichnung als hervorragende inhabergeführte Buchhandlung und damit über eine Prämie von mindestens 7.000 Euro freuen.

Für viele kleine und inhabergeführte Buchhandlungen sind diese Preise bedeutende Beträge, die ihnen spürbar helfen können, mit der Konkurrenz der großen Ketten und der Internetversandhändler besser umzugehen. Hinzu kommt, dass die von einer Jury ausgewählten Buchhändler ein Gütesiegel nutzen dürfen, das sie öffentlich als eine der „besten Buchhandlungen Deutschlands“ und als „ausgezeichneten Kulturort“ ausweist.

Ich freue mich sehr, dass der Auftakt des Deutschen Buchhandlungspreises gelungen ist. Ich möchte die Buchhändler ermutigen, die Kunden zum Buchkauf vor Ort zu bewegen und uns alle für den Wert des Kulturgutes Buch sensibilisieren.

Mit dem Deutschen Buchhandlungspreis wird der inhabergeführte stationäre Buchhandel, der in vielen Städten, Gemeinden und Bezirken als „geistige Tankstelle“ fungiert, gestärkt und seine wichtige Funktion für das kulturelle Leben in Deutschland anerkannt.

Denn das literarische Leben ist ein Fundament, auf dem Deutschlands Ruf als Kulturnation gründet, die vielen kleinen Buchhandlungen und Verlage sind regelrechte Wegmarken unserer Kulturlandschaft.

Gerade die kleinen inhabergeführten Buchhandlungen führen häufig ein innovatives, literarisch ambitioniertes Sortiment und sind darüber hinaus Schauplätze von Lesungen, Künstlergesprächen oder Konzerten.

Zugleich ist der Preise eine verdiente Anerkennung für die Arbeit und das Engagement der Buchhändlerinnen und Buchhändler in unserem Land. Sie kennen ihre Kunden, ihre Interessen und Neigungen. Sie sind aber auch Ansprechpartner, wenn es darum geht, den eigenen Horizont zu erweitern und bei der Lektüre einmal über den Tellerrand hinauszuschauen. Das zeigt, Buchhändlerinnen und Buchhändler verkaufen nicht einfach Bücher, sondern sie schaffen Zugänge für ein Kulturgut, das unser Land seit Jahrhunderten prägt.

Leider bedrohen jedoch der steigende Druck großer Buchhandelsketten und der Internetversandhändler viele dieser kleinen Buchhandlungen und „Kulturoasen“, was an vielen Orten mit der Gefahr kultureller Verarmung einhergeht.

Diese Entwicklungen kann der Deutsche Buchhandlungspreis zwar nicht aufhalten, aber er kann in der Bevölkerung zur Bewusstseinsbildung beitragen und die VerbraucherInnen für diese Problematik sensibilisieren.

Als Weltgemeinschaft gemeinsam agieren

Weltweit zählt man mehr als 60 Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen haben und als Vertriebene oder Flüchtlinge nach Sicherheit suchen. Diese Aufgabe zu lösen, den Heimatlosen eine neue Perspektive zu geben, ist eine Angelegenheit der ganzen Weltgemeinschaft. Zudem wollen wir in der internationalen Politik dafür sorgen, dass sich Menschen erst gar nicht auf den Weg machen. So zu tun, als könne nur Deutschland eine sichere Zuflucht bieten, ist falsch und irreführend.

Menschen, die sich in der Türkei oder dem Libanon aufhalten, leben durchaus in Sicherheit. Wir haben stets klar gesagt, dass unsere Hilfe vor Ort viel mehr bewirken kann, viele Menschen mehr erreichen kann als wenn wir diese in Deutschland versorgen. Deutschland hat daher auch wie kaum ein anderes Land zur Hilfe in der Region beigetragen. Unser Land wird diese Hilfe planmäßig ausweiten. Dennoch müssen wir uns fragen, ob die internationale Gemeinschaft nicht mehr tun kann und muss. Die bevorstehende 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen bietet die Gelegenheit, in der Debatte der Nachhaltigkeitsziele auch die Frage anzusprechen, wie die Regierungen der sich entwickelnden Welt besser auf die Wanderbewegungen reagieren können. Wir müssen darauf drängen, dass die Nothilfe verbessert wird – und dass sich alle Staaten der Weltgemeinschaft an der Hilfe beteiligen.

Aber auch die Nachbarstaaten Syriens stehen in der Pflicht. Wir erkennen an, dass sie selber unter großer innerer Anspannung aufgrund der schieren Zahl syrischer Flüchtlinge in ihren Ländern stehen, aber sie sind nicht alleine. Unser Ziel ist es, mit der internationalen Staatengemeinschaft und unseren EU-Partnern die Direkthilfe auszuweiten und mehr für die Menschen in der Region zu leisten.

Bereits in der vergangenen Woche haben wir in New York ein Zeichen für die Weltgemeinschaft gesetzt. Der Parlamentarierkongress zur Religionsfreiheit, den die Fraktion gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und zahlreichen Partnern veranstaltet hat, erinnerte die Vereinten Nationen daran, dass geltende menschenrechtliche Regeln auch eingefordert werden müssen. Immer mehr Menschen fliehen vor religiöser Gewalt und Intoleranz oder werden aus religiö-

sen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben. Muslimischen Rohingya in Myanmar, die Jesiden im Nordirak oder die Christen in Syrien, es gibt zahlreiche und immer mehr Beispiele für eine Zunahme dieser Form der Intoleranz. Die mehr als 100 Parlamentarier aus 48 Staaten sprachen sich in New York in der Abschlussdeklaration dafür aus, diese Verstöße gegen die Menschenrechte nicht mehr hinzunehmen. Beeindruckend war, wie sehr das deutsche Beispiel der pragmatischen Nothilfe gelobt wurde. Unser Land gilt vielen als Vorbild in der Flüchtlingshilfe. Wir werden an unserer wertegebundenen Außenpolitik festhalten und sie weiterentwickeln – gerade im Einsatz für die Religionsfreiheit als besten Ausdruck einer Friedenspolitik.

Griechenland: Zeit zum Handeln!

Ministerpräsident Alexis Tsipras hat erneut ein Mandat zur Bildung einer Regierung in Griechenland erhalten. Es ist nun an ihm, die mit der EU vereinbarten Reformen anzugehen und umzusetzen. Angesichts der langen Zeit, die mit den Verhandlungen verstrichen ist, müssen nun rasch konkrete Schritte unternommen werden. Unsere Haltung bleibt klar: wir stehen für einen Neubeginn und haben dies mit dem gewährten Vertrauensvorschuss auch deutlich gemacht. Gleichzeitig gilt: Solidarität baut auf Solidität. Diese Solidität erwarten wir nun von der neu zu bildenden griechischen Regierung.

Unternehmen in Deutschland investieren

Neun von zehn Unternehmen (91 Prozent) wollen in diesem Jahr noch investieren. Das zeigt die repräsentative Umfrage "Investitionsvorhaben 2. Halbjahr 2015" der Deutschen Bank, für die 400 Unternehmer befragt wurden.

Damit sind die Unternehmen in Deutschland sogar noch ausgabefreudiger als vor einem Jahr. In der Vergleichsstudie 2014 hatten 86 Prozent der befragten Finanzentscheider angegeben, bis zum Ende des Jahres noch Investitionen tätigen zu wollen.

In diesem Jahr wollen die befragten Finanzentscheider vor allem noch in die Unternehmensinfrastruktur, sowie in den Unterhalt oder die Anschaffung von Maschinen oder anderen Anlagegüter investieren.

(Quelle: Deutsche Bank)